

Waldemar Hummer (Hrsg.)

Sicherheit und Terrorismus

Rechtsfragen aus universeller
und regionaler europäischer Sicht

UNIVERSITÄT ST. GALLEN
HOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFTS-,
RECHTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
BIBLIOTHEK



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Inhaltsverzeichnis

Einführung	5
------------------	---

Teil I

Grundlagen und neue Entwicklungen in der universellen Sicherheitsarchitektur

Hanspeter Neuhold

Grundlagen und Rahmenbedingungen internationaler Sicherheit auf universeller Ebene	21
I. Einleitung	21
II. Der Strukturwandel im internationalen System	22
III. Die derzeitige sicherheitspolitische Lage	23
A. Die Wertedimension	23
B. Konfliktbild und -szenarios	26
C. Der Rüstungsbereich	29
IV. Der Wandel der internationalen Sicherheitsinstitutionen	32
A. Die VN	33
B. Die OSZE	39
C. Die NATO	43
D. Die EU	47
V. Zusammenfassung	52

Gerhard Hafner

Die „neuen“ Vereinten Nationen in der internationalen Sicherheitsarchitektur	55
I. Einleitung	55
II. Der Begriff der Sicherheit	56
III. Reaktion der VN auf die Sicherheitsbedrohung	58
A. Die Ausweitung der Tätigkeiten der VN	58
B. Maßnahmen der VN in Reaktion auf Bedrohungen oder Anwendungen von Gewalt	60
1. Satzungs begründete Zwangsmaßnahmen	60
2. Friedenserhaltende Operationen	62

3. Ermächtigungen durch die Vereinten Nationen, Operationen durchzuführen _____	64
a) Die Ermächtigung regionaler Einrichtungen _____	65
b) Kampfeinsätze _____	68
c) Friedenserhaltende Operationen _____	70
C. Aus der Ermächtigung resultierende rechtliche Probleme _____	71
1. Die Rechtsgrundlage und Satzungskonformität der autorisierten Maßnahmen _____	72
a) Satzungskonformität der Autorisierung _____	72
b) Initiative _____	74
2. Ermächtigung versus Mandatierung _____	74
3. Der rechtliche Status der Maßnahmen _____	75
4. Beziehungen zwischen den Maßnahmen und dem Sicherheitsrat _____	76
a) Der Umfang des Mandats _____	77
b) Die zeitliche Befristung _____	77
c) Die Berichtspflicht _____	78
5. Die Beteiligungs- und Unterstützungsverpflichtungen der Staaten _____	78
a) Die Verpflichtung aus den Resolutionen oder der SVN _____	79
aa) Die mangelnde Verpflichtung aus den Resolutionen _____	79
bb) Die Verpflichtung zu logistischer Unterstützung aus der Satzung der Vereinten Nationen _____	80
b) Die Handlungsverpflichtung aufgrund des allgemeinen Völkerrechts _____	81
6. Die Aufteilung der Verantwortlichkeit zwischen den VN und den Staaten _____	84
a) Die Verantwortlichkeit der VN _____	84
b) Die Verantwortlichkeit der Staaten _____	86
aa) Die Organisation der ISAF _____	86
bb) Die Verteilung der Verantwortlichkeit der Staaten im Lichte der ISAF Organisation _____	88
D. Die Emanzipierung der Einzelpersonen aus dem Staatsverband _____	89
1. Die Entwicklung der „smart“ oder „targeted sanctions“ _____	90
2. Die Entwicklung der individuellen Verantwortlichkeit: ICTY – ICTR – Sierra Leone Special Court – ICC _____	94
IV. Schlussfolgerungen _____	96

Thomas Mayr-Harting

Die „neue“ NATO in der internationalen und europäischen Sicherheitsarchitektur	99
I. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen	99
II. Die NATO und der 11. September 2001	101
III. Der Afghanistan-Einsatz	102
IV. Militärische Fähigkeiten	103
V. NATO – Erweiterung	104
VI. Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat	105
VII. Beziehungen mit Russland und der Ukraine	106
VIII. Beziehungen NATO – EU	107
IX. Neues sicherheitspolitisches Umfeld für Österreich	108

Karl Zemanek

Völkerrechtliche Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus	111
I. Einleitung	111
II. Was ist internationaler Terrorismus?	112
III. Terrorismusbekämpfung mit militärischer Gewalt	114
A. Entstehungsgründe des Anspruchs auf Selbstverteidigung	114
1. Wann ist ein Angriff „bewaffnet“?	114
2. Wer ist der Angreifer?	116
B. Modalitäten legitimer Selbstverteidigung	118
1. Unmittelbarkeit	118
2. Notwendigkeit	119
3. Proportionalität	120
IV. Die Bekämpfung des Terrorismus mit innerstaatlichen Mitteln auf der Basis multilateraler Verträge	121
A. Die Unzulänglichkeit der verfügbaren Mittel	121
B. Das schwer fassbare Objekt	122
V. Schlussbemerkungen	124

Teil II**Grundlagen und neue Entwicklungen in der regionalen (europäischen) Sicherheitsarchitektur***Waldemar Hummer*

Grundlagen und Rahmenbedingungen internationaler Sicherheit auf regionaler Ebene – am Beispiel der europäischen Sicherheitsarchitektur	129
I. Einführung	129

II.	Begriffsklärung _____	131
	A. Allgemein _____	131
	B. Kollektive Formen organisierter Sicherheit _____	132
	C. Die „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GESVP) als sicherheits- und verteidigungspolitische „Hybridform“ _____	135
	1. Terrorbekämpfung als eigene Zielsetzung der GESVP? _____	136
	2. Die GESVP als „Übergangsregime“ _____	137
III.	Von der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ) zur „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) _____	138
IV.	Von der GASP zur GESVP _____	140
	A. Die GASP und die Rolle der „Westeuropäischen Union“ (WEU) _____	140
	B. Die Ausweitung der GASP durch die „Petersberg-Aufgaben“ _____	141
	C. Die Auswirkungen der „Petersberg-Aufgaben“ auf die GASP _____	145
	D. Das „EU-Truppenstatut“ _____	147
V.	Die GESVP: Von den „WEU-geführten“ zu den „EU-geführten“ „Petersberg-Maßnahmen“ _____	147
	A. Die „Fusions“- oder „Verschmelzungsthese“ zwischen der WEU und der EU _____	148
	B. Die Ausbildung der GESVP durch die Beschlüsse des Europäischen Rates von Köln (1999) _____	149
	C. Die Überführung der operativen Kapazitäten der WEU in die EU _____	150
	D. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki (1999) – Das „headline goal“ _____	151
	E. Der Europäische Rat von Feira (2000) – Verstärkung der nicht-militärischen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung _____	152
	F. Der Europäische Rat von Nizza (2000) – Einrichtung ständiger politischer/militärischer Gremien im Schoß des Rates _____	153
	G. Der Europäische Rat von Laeken (2001) – Bisherige Bilanz der GESVP und Terrorismusbekämpfung _____	154
	H. Der Europäische Rat von Sevilla (2002) – „Nationale Erklärung Irlands“ zu seiner Politik der militärischen Neutralität _____	157
	I. Der Europäische Rat von Brüssel (2002) – Beteiligung der nicht der EU angehörigen NATO-Staaten an EU-geführten Krisenbewältigungsmaßnahmen _____	158
	J. Der Europäische Rat von Kopenhagen (2002) – Die „Berlin-Plus-Übereinkunft“ _____	159
	1. Politische Einigung auf die „Dauervereinbarung“ der EU mit der NATO _____	159
	2. Die Rechtsnatur der „Berlin-Plus-Übereinkunft“ _____	160

K. Der Europäische Rat von Thessaloniki (2003) – Verstärkte Terrorismusbekämpfung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	162
L. Der Europäische Rat von Brüssel (2003) – Annahme der „Europäischen Sicherheitsstrategie“	163
M. Die ersten militärischen bzw polizeilichen Operationen im Rahmen der GESVP	164
1. „Berlin-Plus“ als Voraussetzung für operative EU-geführte Maßnahmen im Rahmen der GESVP	165
2. Die „EU-Police Mission“ (EUPM) in Bosnien-Herzegowina	167
3. Die Operation „Concordia“ in Mazedonien	169
4. Die Operation „Proxima“ in Mazedonien	173
5. Die Operation „Artemis“ im Kongo	174
6. Die Übernahme der SFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina	175
N. Gemeinsame NATO-EU-Krisenmanagement-Übung	176
VI. Terrorismusbekämpfung mit zivilen Mitteln	177
VII. Ein neuer „Rat der Verteidigungsminister“?	180
VIII. Die „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung“	182
IX. Die zukünftige Ausgestaltung der GESVP durch den „Verfassungsvertrag“	183
A. Die Ausweitung der „Petersberg-Aufgaben“ und deren kollektive Durchführung durch Gruppen von Mitgliedstaaten	184
B. Terrorismusbekämpfung mit militärischen Mitteln	185
1. Indienstnahme von „Petersberg-Maßnahmen“ zur Terrorismusbekämpfung in Drittstaaten	185
2. Die „Solidaritätsklausel“ zur Terrorismusbekämpfung in Mitgliedstaaten	186
C. Die Errichtung eines „Europäischen Amtes für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“	187
D. Die „strukturierte Zusammenarbeit“ als „Eurozone der Verteidigung“	189
E. Die „engere Zusammenarbeit“ als (fakultatives) System „kollektiver Selbstverteidigung“ iSv Art 51 SVN	190
X. Die zukünftige Ausgestaltung der GESVP durch das „Konklave“ von Neapel	191
A. Die „ständige“ strukturierte Zusammenarbeit	192
B. Die „engere Zusammenarbeit“ als (obligatorisches) System „kollektiver Selbstverteidigung“ – die EU als „Militärpakt“ iSv Art 51 SVN	194

C. Der gemeinsame Brief der vier Neutralen _____	195
D. Die Reaktion auf den gemeinsamen Brief der vier Neutralen – die Einfügung der „irischen Klausel“ in Art 40 Abs 7 UAbs 1 des Verfassungsvertrages _____	196
E. „Beistandsverpflichtung“ versus „irische Klausel“ _____	198
XI. ATHENA _____	200
XII. Regierungskonferenz 2003 _____	202
XIII. Schlussbetrachtungen _____	204
 <i>Werner Schroeder</i>	
Rechtsfragen der „Verschmelzung“ der WEU mit der EU _____	209
I. Entwicklung einer ESVP unter Einbeziehung der WEU _____	209
A. Anfänge einer Europäischen Verteidigung _____	209
1. Parallele Entwicklung der politischen Integration in Europa _____	211
2. Vertrag von Maastricht und Petersberg-Erklärung _____	212
B. Vertrag von Amsterdam _____	214
1. Szenarien für die Weiterentwicklung der WEU _____	214
2. Dienste der WEU für die EU _____	216
3. „Verstärkte Zusammenarbeit“ zwischen EU und WEU _____	217
4. Post-Amsterdam: Strukturelle Veränderungen der GASP in Richtung auf eine ESVP _____	219
II. Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen EU und WEU durch den Vertrag von Nizza _____	221
A. Änderung der primärrechtlichen Verweisungen auf die WEU _____	221
B. Ausdünnung der Aktivitäten der WEU _____	222
C. Folgen für eine eigenständige ESVP nach Nizza _____	224
III. Rechtliche Konsequenzen der Annäherung von EU und WEU _____	225
A. Gestaltwandel der WEU und der EU? _____	225
1. Systeme kollektiver Sicherheit und kollektiver Selbstver- teidigung _____	225
2. Die EU als System kollektiver Sicherheit _____	228
3. Gestaltwandel der WEU _____	229
B. Verbindliche Neuregelung der Beziehungen zwischen EU und WEU _____	230
1. Verbindlichkeit für die EU _____	230
a) Änderung der rechtlichen Grundlagen _____	230
b) Grenzen für eine vertragliche Umgestaltung im Hinblick auf Kernaufgaben der EU? _____	232
2. Konsequenzen für die WEU _____	234
a) Bindung gegenüber den Mitgliedstaaten der WEU _____	234

b) Rechtsnachfolge der EU ? _____	235
3. Verbindlichkeit aus Sicht des nationalen Verfassungsrechts am Beispiel des Grundgesetzes _____	238
IV. Der Faktor NATO _____	240
A. Das Beziehungsgeflecht zwischen EU, WEU und NATO _____	241
B. Übernahme der WEU-Kompetenzen durch die EU aus Sicht der NATO _____	242
V. Resümee _____	243
VI. Anhang _____	244

Thomas Desch

Militärische und nicht-militärische Krisenbewältigung im Rahmen der GSVP unter besonderer Berücksichtigung der „Petersberg-Aufgaben“ _____	247
I. Die verwendeten Begriffe _____	247
A. „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ _____	247
B. „Krisenbewältigung“ und „Konfliktverhütung“ _____	251
C. „Petersberg-Aufgaben“ _____	253
II. Militärische Krisenbewältigung _____	255
A. Ziele _____	258
B. Fähigkeiten _____	259
1. Erfassung der Fähigkeiten _____	259
2. Verbesserung der Fähigkeiten _____	260
a) Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten _____	260
b) Rüstungskooperation _____	261
c) Streitkräfte-Überprüfungsmechanismus _____	263
C. Einsatzfähigkeit der EU _____	264
III. Zivile Krisenbewältigung _____	271
A. Polizei _____	272
B. Rechtsstaatlichkeit _____	273
C. Zivilverwaltung _____	274
D. Bevölkerungsschutz _____	275
IV. Strukturen zur Krisenbewältigung _____	275
A. Gemeinsame Strukturen (für militärische und zivile Krisenbe- wältigung) _____	277
1. Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSK) _____	277
2. Zivil/militärisches Lagezentrum (SITCEN) _____	278
B. Militärische Strukturen _____	279
1. Militärkomitee (EUMK) _____	279
2. Militärstab (EUMS) _____	281
3. Satellitenzentrum (SATCEN) _____	282

4. Institut für Sicherheitsstudien (ISS)	283
C. Zivile Strukturen	283
1. Komitee für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (CIVCOM)	283
2. Polizeistab	283
3. Koordinierungsmechanismus für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung	284
D. Strukturen für Konsultationen mit Drittstaaten	284
E. Strukturen für Konsultationen mit internationalen Organisationen	287
V. Bewertung und Ausblick	288

Teil III

Das dauernd neutrale Österreich in der aktuellen universellen und regionalen Sicherheitsarchitektur – völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und gesetzliche Problemlagen

Karl Zemanek

Dauernde Neutralität und internationale Sicherheit zu Beginn des XXI. Jahrhunderts	295
I. Vom „ius ad bellum“ zum universellen Gewaltverbot	295
II. Neutralität versus kollektive Sicherheit	297
III. Neutralität und Ideologisierung der Politik	298
IV. Neutralität in einem unipolaren System	299
V. Neutralität und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU	300
VI. Die USA als Hegemon	302
VII. Der Stellenwert der Neutralität im XXI. Jahrhundert	303

Theo Öhlinger

Die österreichische Neutralität aus verfassungsrechtlicher Sicht	307
I. Zur Abänderbarkeit oder Aufhebbarkeit der immerwährenden Neutralität	307
A. Der verfassungsrechtliche Aspekt	307
B. Völkerrechtliche Aspekte	308
II. Der Inhalt der dauernden Neutralität	309
A. Das Neutralitäts-BVG als dynamische Verweisung auf das Völkerrecht	309
B. Der Wandel der Interpretation der dauernden Neutralität	310
III. Dauernde Neutralität und Mitgliedschaft in der EU	311
A. Die ursprüngliche Auffassung	311

<hr/>	
17	Inhaltsverzeichnis
312	B. Vorkehrungen im Rahmen des EU-Beitritts
313	C. Verfassungsrechtliche Vorkehrungen
315	IV. Ist Österreich noch ein dauernd neutraler Staat?
315	A. Die völkerrechtliche Perspektive
316	B. Die verfassungsrechtliche Perspektive
318	V. Die Verpflichtung zur „geistigen“ Verteidigung der Neutralität
<i>Hans Winkler</i>	
321	Die einfachgesetzliche Umsetzung der österreichischen Neutralität
321	I. Vorbemerkung
322	II. Einleitung
323	III. Die einzelnen Regelungsmaterien
323	A. Neutralitätsgeltung
329	B. Truppenentsendung
332	C. Kriegsmaterialgesetz
341	D. Truppenaufenthaltsgesetz
344	E. Andere Gesetze
345	IV. Schlussbemerkung
347	Abkürzungsverzeichnis
355	Autorenverzeichnis